Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2.00 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2.20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 91 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 20. April 1931

„Selbstdisziplin“.

Fehler werden bekanntlich nur zu dem Zweck gemacht, damit man „aus ihnen lernt“, — nur ist der Nachteil dabei, daß dann immer neue Fehler gemacht werden! Und wenn man die Berichte unserer Großbanken über das letzte Geschäftsjahr, wenn man die auf den Generalversammlungen gehaltenen Reden der Bankgewaltigen liest, dann sieht man eine endlose Kette von Fehlern, hört man eine überlange Reihe von „Konfessionen“, von Geständnissen über falsche Wege, die man eingeschlagen hat, über Irrtümer, die leider gewaltige Mittel nutzlos verschlangen.

Die Ausführungen des Generaldirektors Wassermann gehen gewiß nicht an der rein wirtschaftlichen Seite der Weltkrise vorbei. Das wilde Drauflosproduzieren der Nachkriegszeit, um den fünf Jahre hindurch sich aufstauenden Bedarf zu befriedigen, was man aber nur durch eine gewaltige Erweiterung und Mechanisierung des Erzeugungsapparates bewältigen zu können glaubte, hat nicht bloß aus den Augen verloren, ob denn der Güterabsatz auch mit der Gütererzeugung mitkam, sondern er führte auch obendrein zu einer Industrialisierung aller Länder. Diese disziplinlose Produktionssteigerung ins Ungemessene, namentlich auf den Rohstoffgebieten, hat nun den ganzen Jammer von heute erzeugt und — die Banken als Institute der Geldvermittlung haben dabei durchaus nicht den kleinsten Anteil an der Schuld dafür.

Aber stärkeres Gewicht als auf die wirtschaftliche Seite der Weltkrise legt Generaldirektor Wassermann in seiner Rede auf die „politische“ Seite. „Vertrauen“ schaffen ist dabei das A und O, der Ausgangs- und Zielpunkt, der „Kredit“ also, aber nicht in seiner „metallischen“ Realität, sondern als deren seelische Voraussetzung. Daß daher diese Rede sich hart an der Grenze zwischen Wirtschaft und Politik entlang bewegt, ist selbstverständlich, ebenso, daß auch direkte Exkursionen ins Politische hinein sich gar nicht vermeiden lassen. Diese — politische „Vertrauenskrise“ betrachtet Wassermann als den eigentlichen Hauptgrund der Weltwirtschaftskrise im allgemeinen und der deutschen Krise im speziellen. Wir sind, leider, dabei die Schwächeren, wir brauchen die anderen, unsere Kapitalsneubildung — noch ganz besonders gehemmt durch den Druck der Reparationen — geht sehr langsam, viel zu langsam vor sich; und deshalb müssen wir auf finanziellem wie auf wirtschaftlichem, vor allem aber auf „politischem“ Gebiete schärfste Selbstdisziplin üben, um das „Vertrauen“ der anderen zu erringen, ihren „Kredit“ uns gegenüber zu festigen. Dann dürfte es auch an dem „realen“ Kredit nicht fehlen. Zwar die Banken des Auslandes, so meint Wassermann, haben Vertrauen zu uns, zu unserem Wollen, Wirtschaften und Handeln, sie stellen uns Kredit genug und übergenug zur Verfügung, kurzfristiges Geld, — aber die Masse, der Mann auf der Straße, die für langfristige Anleihen allein in Betracht kommen, sehen nur die politische Unruhe. Wassermann erblickt die letzte Ursache dieser Unruhe, der Krise, in der deutsch-französischen Spannung und verlangt daher von der Politik, hier eine „Verständigung über die schwerwiegenden Differenzen“ zu schaffen und dadurch „kreditpolitisch“ der Wirtschaft die Wege zu ebnen.

Tausend durchaus nicht unberechtigte Einwände hiergegen liegen natürlich auf der Hand; wir haben es an genau so vielen Versuchen nicht fehlen lassen und hören doch gerade jetzt wieder von einer wirtschaftlich ganz unmöglichen, dafür aber politisch gemeinten und darauf scharf eingestellten Gegenaktion Frankreichs gegen das vereinte wirtschaftliche Vorwärtsstreben Deutschlands und Österreichs! Schließlich ist ja auch die „politische Unruhe“ in Deutschland zum großen Teil auch nichts anderes als die gefühlsmäßige Antwort auf die verständigungs-unwillige Verständnislosigkeit Frankreichs und seiner Gefolgsstaaten, wie wir sie immer wieder feststellen müssen. Leider ist dieses Nichtverstehenwollen im Ausland aber gerade auch wieder der letzte Grund für das „Mißtrauen der ausländischen Geldgeber“, von dem auch Teile des deutschen Kapitalbesitzes sich anstecken ließen. Und die Folge ist, daß man sich den uns gewährten Kredit übermäßig teuer bezahlen läßt. Wassermann zieht nüchtern die Folgerungen aus diesen Tatsachen und verlangt größere politische Selbstdisziplin, wogegen man vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus ja wenig einwenden mag, aber — es gibt eben, um mit Bismarck zu sprechen, auch „Impenderabilien, die sich im Hauptbuch nicht einfangen lassen“.

Sicherlich aber hat der Generaldirektor des größten privaten Bankinstituts in Deutschland recht, wenn er schärfste Selbstdisziplin auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzgebarung verlangt, die außerdem auch auf dem Geld- und dem Kreditmarkt mit ihren großen, häufig recht unwirtschaftlichen Ansprüchen oft störend auftritt. „Wir müssen uns nach der Decke strecken,“ — auf diese so banal klingende, aber leider oft so wenig beherzigte Weisheit kommt die Rede Wassermanns hinaus. Und diese Decke ist verzweifelt kurz geworden, ohne daß wir nun aber zu verzweifeln brauchten! Denn den „Kredit“ zu uns, das Vertrauen auf uns selbst haben wir noch nicht verloren, wollen und dürfen wir auch nicht verlieren.

Zuckerbrot und Peitsche

Wie die Zollunion gesprengt werden soll.

Deutschland bleibt fest.

Brians Plan eines europäischen Wirtschaftsblockes als Gegenstoß gegen die geplante deutsch-österreichische Zollunion beschäftigt fortgesetzt den französischen Ministerrat. Nach der Rückkehr des französischen Staatspräsidenten nach Paris soll in einer Sitzung der gesamte Fragenkomplex noch einmal aufgerollt werden. Inzwischen beschäftigt sich die öffentliche Meinung aller interessierten Länder mit dem Raten darüber, wie sich Briand nun eigentlich diesen Wirtschaftsblock gedacht hat. Wie es scheint, weiß Briand selbst noch nicht recht, was am Ende dabei herauskommen wird. Vorläufig will er mit seinem Vorgehen anscheinend eine Verzögerung in dem Abschluß endgültiger Vereinbarungen zwischen Deutschland und Österreich und anderen östlichen Ländern, die eventuell an einen Beitritt zur Zollunion denken könnten, herbeiführen. So verlautet, daß Frankreich die Balkanstaaten damit ködern will, daß es versprochen hat, Getreide in großem Maßstabe anzukaufen, um den Donaustaaten den Absatz ihrer Überschüsse zu ermöglichen. Ferner soll ihnen sofort eine gewisse finanzielle Unterstützung gewährt werden, um die notwendigen Kredite für den Verkauf des Getreideüberschusses zu schaffen. Frankreich, so heißt es, sei in der Lage, den Donaustaaten sofortige Hilfe zu bringen, indem es schon jetzt fünf bis sechs Millionen Zentner Getreide aufkaufe, deren es bis zur nächsten Ernte bedürfe. Andere europäische Staaten befänden sich in der gleichen Lage, und eine gegenseitige Hilfeleistung würde den Zusammenschluß aller dieser Staaten zu einem einzigen Wirtschaftsblock erleichtern.

Sollte schließlich der Briandsche Wirtschaftsblock zustandekommen, so würden sich zwei große Zollverbände in Mitteleuropa gegenüberstehen. Ungarn, zwischen ihnen eingekeilt, müßte sich unweigerlich für den einen oder den anderen entscheiden. Dann entsteht die Frage, ob die weitere Entwicklung zu einem Zusammenschluß der beiden Gruppen oder zu einem Kampf zwischen ihnen oder zu weiteren Schritten in der Richtung auf einen europäischen Zollverein führen wird. Es ist aber, wie gesagt, auch möglich, daß Briands Plan gar nicht ernst gemeint, sondern nur eine Drohung ist, um Österreich einzuschüchtern und es in letzter Minute von der Unterzeichnung des Zollabkommens mit Deutschland abzuhalten. Mit Zuckerbrot und Peitsche versucht Frankreich wieder einmal Erfolge zu erzielen.

Allerdings sind wenig Aussichten dafür vorhanden, daß Österreich sich von seinem Vorsatz wird abbringen lassen. Die Überzeugung davon, daß dieser wirtschaftliche Anschluß an Deutschland eine Lebensnotwendigkeit bedeutet, ist zu tief eingewurzelt, wie auch der österreichische Innenminister es wieder in einer bemerkenswerten Rede betont hat.

Er sagte u. a., man müsse nachdrücklichst betonen, daß die Fesseln der österreichischen Wirtschaft gesprengt werden müßten, weil der Völkerbund keinerlei Ausweg aus der Wirtschaftsnot gezeigt habe, der praktisch zum Ziele führe, und weil das Gerede von Paneuropa und ähnlichen Konstruktionen lediglich auf dem Papier bliebe. Der Mauern zwischen den beiden deutschen Staaten müßten niedergerissen werden, kleinliche Rücksichten müßten zurücktreten, und Österreich müsse durch aktives Eingreifen die Hindernisse beseitigen, weil es sonst weder leben noch sterben könne. Der wirtschaftliche Zusammenschluß von 70 Millionen Menschen werde für alle Völker befruchtend wirken und die größte Tat der Nachkriegszeit sein. Besorgnisse einzelner österreichischer Industriezweige seien unbegründet, da Deutschland einseitig zu deren Schutz Zwischenzölle bewilligt habe.

Aber wenn die internationalen Schwierigkeiten überwunden werden sollten, müsse auch in Österreich das gesamte Volk geschlossen hinter der Regierung stehen. Gerade die Bemühungen der ausländischen Gegner des Wirtschaftsanschlusses zeigten klar, daß sie von ihm für Deutschland und Österreich große Vorteile erwarteten. Auch Deutschland hält an der Zollunion fest.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die deutsche Regierung bislang von französischer Seite keinerlei Andeutungen über den Inhalt des Briandschen Gegenplanes erhalten. Die in verschiedenen Blättern verbreiteten Behauptungen, der Briandsche Plan habe in Deutschland und insbesondere bei Außenminister Curtius starke Besorgnisse aufkommen lassen, werden als völlig verfehlt bezeichnet. Deutschland begrüße jede von der anderen Seite entfaltete Aktivität, die zu positiven Ergebnissen führen könne.

Jeder Gegenplan werde selbstverständlich auf seine Durchführbarkeit hin von deutscher Seite geprüft werden. Trotzdem lasse sich Deutschland in keiner Weise von dem Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion abbringen.

Die englischen Kronjuristen zur Zollunion.

Kein Verstoß gegen internationale Abmachungen.

Die englischen Kronjuristen haben nunmehr ihre Untersuchung des Verhältnisses zwischen dem deutsch-österreichischen Zollvertrag und anderen Verträgen (u. a. Genfer Protokoll von 1922) beendet und haben in einer Denkschrift festgestellt, daß der Vorvertrag gegen die anderen internationalen Abmachungen nicht verstößt.

*

Austausch österreichischer und reichsdeutscher Beamter.

Im Zuge einer Austauschaktion österreichischer und reichsdeutscher Verwaltungsbeamter ist eine Gruppe reichsdeutscher Beamter in Wien eingetroffen, die vom Bundeskanzler Dr. Ender empfangen wurde. Der Studienaufenthalt wird bis Mitte Mai währen. Während dieser Zeit finden eine Reihe von Vorträgen über sämtliche Gebiete des österreichischen Verwaltungsrechtes statt.

Die Ziele der Deutschen Volkspartei.

Ein neues Aktionsprogramm.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat, wie die Nationalliberale Korrespondenz, der Pressedienst der Deutschen Volkspartei mitteilt, zu einer aus dem ganzen Lande vollzählig besuchten Sitzung zusammen. Der Parteiführer, Abg. Dingeldey, erstattete einen Bericht über die politische Lage, an den sich eine lebhafte Aussprache anschloß. Sie ergab die völlige Übereinstimmung der Vertreter aus dem ganze Lande mit den Auffassungen des Parteiführers und bekundete besonders den festen Willen der Partei, gegen die Erscheinungen des Kulturbolschewismus zu kämpfen. Sodann legte der Parteiführer den von ihm ausgearbeiteten Entwurf zu den Kampfzielen der Deutschen Volkspartei vor. Namens der Versammlung dankte Geheimrat Professor Kahl dem Abg. Dingeldey für die Ausarbeitung dieses neuen Aktionsprogramms, das geeignet sei, in straff zusammengefaßter Form die Ziele der Deutschen Volkspartei und ihre neuen Aufgaben zu umreißen. Die Kampfziele wurden unter einmütiger Zustimmung der Vertreter aus dem ganzen Reiche angenommen.

Auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wurden die Kampfziele ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Um Deutschlands Recht.

Auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Berlin kam sowohl in der Rede Dingeldeys wie in den Ausführungen verschiedener Aussprache-redner der Wille der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck, sich nach wie vor einmütig

für den Regierungskurs und den Reichskanzler Brüning

einzusetzen. Der Parteivorstand, der nach der Tagung des Zentralvorstandes zusammentrat, hat die endgültige Fassung des Programms, das

„Kampfziele der Deutschen Volkspartei“

überschrieben ist, festgelegt. In diesem Aktionsprogramm heißt es u. a.: Der unbeirrbare Glaube an die im deutschen Volke noch vorhandenen nationalen Kräfte ist die Grundlage allen Wirkens der Deutschen Volkspartei. Der Geist der

nationalen Volksgemeinschaft

ist ihr oberstes Gesetz. Es ist unsere Aufgabe, den heutigen Staat mit dem vaterländischen und wahrhaften Freiheitsgeist zu erfüllen, der diesem Staate innere Kraft und seinen Bürgern Stolz gibt. Die Achtung vor dem Symbol des Staates ist für uns selbstverständlich. Nur

die Verfassung

hat Bestand, in der dem Begriff einer Herrschaft des Volkes gleichberechtigt der Begriff der Führung und der Autorität gegenübersteht. Wir tun einen ersten entscheidenden Schritt auf dem Wege der

Reichsreform,

indem wir verlangen, daß der Reichspräsident künftighin zugleich Oberhaupt des Landes Preußen wird. Der Reichspräsident ernennt den preußischen Ministerpräsidenten und die preußischen Staatsminister. Wir fordern die

Wiederheraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre.

Die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die allein das ganze Volk ernährt, ist nationales Gebot. Den Fluch der

Arbeitslosigkeit

von Volk und Reich zu nehmen, werden wir nur imstande sein, wenn wir die Grundwahrheiten volkswirtschaftlichen Denkens wieder anerkennen. Die

Landwirtschaft

muß vor dem Erdrücktwerden durch freie Konkurrenz bewahrt werden. Das

Berufsbeamtentum

wird von uns gegen alle Anschläge auf seine verfassungsmäßige Unabhängigkeit geschützt. Ihre Voraussetzung ist die Erhaltung der wirtschaftlichen Grundlagen des Berufsbeamtentums und Beseitigung der Parteibuchbeamten. Wir fordern staatlichen

Schutz für alle Religionsgemeinschaften.

Alles, was die christlichen Grundlagen deutscher Kultur bedroht, kommunistische Agitation, Gottlosenpropaganda, findet in uns entschlossene Gegner. Die christlichen Grundlagen der Schulerziehung sind zu sichern. Der

Young-Plan

ist heute schon durch die wirtschaftlichen Tatsachen als unhaltbar widerlegt. Nächstes Ziel der deutschen Außenpolitik ist deshalb die Befreiung von wirtschaftlichen Ketten, in die unser Volk geschlagen ist. Für die deutsche Selbstachtung unerträglich ist der Zustand, daß Deutschland allein entwaffnet mit ungesicherten Grenzen zwischen waffenstarrenden Völkern leben soll.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF